

womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog v. Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines auswärtigen Ministers unerhörte Forderung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volks eine tiefe und ernste Bestimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblick an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Sohn, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen würde, wie Frankreich sich zu der Candidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor allem anging, sich der Auffassung Frankreichs verschert haben würde.

Die preußische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben; selbst Se. Maj. der König ist noch den Haugsgefechten nicht in der Lage, den Mitgliedern des fürstlich hohenzollerischen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubnis zu ertheilen oder zu versagen. Der preußische Staat und der König haben daher mit der Sache selbst nichts zu schaffen gehabt: alle Entscheidung und Verantwortung ruhte von vornherein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

Es war daher eine völlig ungereimte Zumuthung von französischer Seite, daß Se. Maj. der König oder vollauss die preußische Regierung dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen sollte. Beide hatten dazu kein Recht, da Prinz Leopold, welcher 35 Jahre zählt, großjährig ist und sich aller der Rechte persönlicher Selbständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut wie jedem andern Staatsangehörigen gewährtet. Der König konnte mithin gar nicht in die Versuchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruch zu genügen.

Wenn inzwischen von Madrid über Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mitteilung von der Verzichtserklärung desselben auf die Thronbestrebung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Absehung ebenso innerhalb seiner selbständigen persönlichen Vereinigung gehandelt wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwürdigungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntnis und Betrachtung.

Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschließung des Prinzen, welcher so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, das muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist glücklicherweise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abzuwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sondaerliche Besorgniß entgegenzusehen zu können.

Sollte aber auch in Paris die bisherige Auswöllung einer ruhigen Auffassung Platz machen, so wird doch in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den die plötzliche drohende und bedeigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gute nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jüngsten französischen Regierung auf die Erhaltung des Friedens wiederherzustellen, nachdem die Versicherungen, welche dieselbe Regierung am 30. Juni b. d. J. gegeben, daß der Friede niemals gefährdet gewesen als gerade jetzt, nach kaum acht Tagen in so aufsässiger und besonderscher Weise verlängert worden sind. Es kann nicht schaden, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt des Herzogs v. Gramont ins Ministerium begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfaht friedlicher Verbündungen durch solche Anwandlungen wie die der letzten Wochen erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird.

In einem andern Artikel gibt dann dasselbe Blatt die bekannten Erklärungen des Herzogs v. Gramont und des Hrn. Ollivier in der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 6. Juli wieder. Es wird ausgeführt, wie besonders und widerspruchsvoll diese Erklärungen in Betreff der spanischen Nationalsovereinheit waren. Weiter heißt es:

Es ist endlich ganz sinnlos, wie durch die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern, welcher nirgends sonst ein Erbrecht auf einen Fürstenthron besitzt und mit dem preußischen Königshause nicht in eigentlich verwandtschaftlichen Beziehungen steht, das Gleichgewicht Europas bedroht sein soll, während gegen die früheren Candidaturen zweier italienischer Prinzen, des Herzogs von Aosta und des Herzogs von Genoa, denen die Scholze im Königreich Italien offen steht, jener Einwand nicht erhoben worden ist; es ist nicht minder sinnlos, wenn die Ehre und das Interesse Frankreichs durch solc' verdeckt erklärt werden, daß ein Prinz, der mit dem Kaiser der Franzosen zweischach verwandt ist, den spanischen Thron bekleiden sollte, während gegen die Candidatur des Herzogs von Montpensier, welcher in Wahrheit eine Gesetze für das jüngste Frankreich werden könnte, ein Widerspruch nicht erhoben worden ist. Das Besondersche von allem aber ist, daß eine Regierung, welche bis dahin mit Spanien und mit Preußen in feindseligsten Beziehungen zu stehen und auf diese Weise zu legen schien, auf jene halloren und wichtigen Gründe hin einen Ton gegen diese beiden Staaten anzuschlagen gut findet, welcher in der eigenen Landesvertretung ohne weiteres als Kriegsdrohung aufgefaßt und bezeichnet wird. Wenn aus dem allen die Vermuthung entstehen mußte, daß die spanische Frage weniger der Grund als nur der Vorwand zu dem plötzlichen Auftauchen einer feindlichen Stimmung gegen Deutschland war, so thaten die der französischen Regierung nahe stehenden Blätter vollauss das Ibrige, um dieser Ansicht noch eine feste Begründung zu geben. Eins der vertrautesten Blätter des jüngsten Ministeriums (der Moniteur) schreibt sich nicht, folgendes zu schreiben: „Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europas Misbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Wenn unsere Politik Spanien gegenüber eine gemäßigte sein muß, so stehen wir Preußen gegenüber ganz anders. Diese durch ihre ersten

Erfolge in Selbstläuferung verleyte Macht scheint sich das Übergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchen Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entzogung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend. Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Preger Friedens seinem Wortlaut und Geist nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Rücknung der Festung Mainz, welche zum Silben gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses seitens des Mains und die Regulierung des Rhein. V mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden.“ Diese Sprache läßt keinen Zweifel über die tiefern Beweggründen und Absichten, welche dem Verhalten Frankreichs zu Grunde liegen. Deutschland wird fortan wissen, worauf es bei seiner weiteren nationalen Entwicklung gesetzt sein muß!

Frankreich und Süddeutschland.

Zum Beweise einerseits, wie Frankreich einen Krieg mit Norddeutschland seit länger schon ins Auge gefaßt, andererseits wie es bei einem solchen auf die Bundesgenossenschaft Süddeutschlands gerichtet, veröffentlicht die National-Zeitung ein französisches Atenstück, das ihr „von guter Hand unter Verbürgung der Echtheit zugeht“. Dasselbe enthält 41 Fragen, welche schon vor einiger Zeit von der französischen Regierung ihrer Gesandtschaft in Stuttgart vorgelegt wurden.

Diese Frage lauten:

- 1) Wie war die Lage der Parteien in Württemberg vor dem Krieg des Jahres 1866? 2) Welche Aeußerungen haben die Ereignisse des Jahres 1866 in diesen Parteien hervorgebracht? 3) Wie stark ist die demokratische Partei? die katholische Partei? die preußische oder Einheitspartei? die conservative Partei? 4) Auf welche Weise suchen die Parteien zu wirken? Welches sind ihre Zeitungen, ihre Führer und ihre bedeutendsten Männer? 5) Welche Partei ist am meisten vorwärts gekommen und hat für die Zukunft die meiste Aussicht auf Erfolg? 6) Was ist die Aussicht der verschiedenen Klassen der Gesellschaft? 7) Ist die Dynastie populär? Hat sie eine Partei? Würde man große Anstrengungen machen, um sie zu vertheidigen? 8) Welche hauptsächlichen politischen Ereignisse haben sich in Württemberg seit dem Kriege zugetragen? 9) Welches sind die hauptsächlichsten Gesetze, die von den Kammern vereinbart wurden? 10) Wie stehen sich seit dem Kriege die Parteien gegenüber in der I. Kammer? in der II. Kammer? 11) Welchen Eindruck haben im Lande hervorgerufen: die Armeorganisation? die Fabriksteuer? die Salzsteuer? die Anleihe? 12) Was hält man vom neuen Wahlgesetz und vom allgemeinen Wahlrecht? 13) Welchen Einfluß wird es auf die Zukunft des Landes ausüben? 14) Was denkt man über die Armeorganisation und welchen Erfolg hat sie gehabt? 15) Welches ist die Lage Württembergs bezüglich seiner Industrie und seines Handels? 16) Welchen Einfluß haben die letzten Ereignisse auf Handel und Industrie geübt? 17) Ist seitdem der allgemeine Wohlstand gestiegen? 18) Wie hoch bejügt sich gegenwärtig in Württemberg der Export? der Import? 19) Wie haben sich die Ereignisse von 1866 auf den Geldmarkt gehauert? 20) Das Parlament ist das wichtigste Ereignis dieser zwei Jahre. Was denkt man darüber? Was ist seine Zukunft? 21) Was ist die Ursache der Niederlage der preußischen Partei bei den Zollparlamentswahlen? 22) Warum konnte der Südwürttemburg nicht gebildet werden? 23) Woher kommt die Eifersucht, welche die Südstaaten spalten? 24) Stehen die materiellen Interessen im Süden der Gründung eines Südbundes entgegen? 25) Sind die Interessen des Südens mit denen des Nordens verträglich? Können sie davon getrennt werden? Welches sind diejenigen? 26) Gibt es nicht auch Vorteile gemeinschaftlichen Interesses zwischen den Südstaaten und Österreich? 27) Könnte nicht eine große Handelsbewegung hergestellt werden zwischen dem Osten und Westen, zwischen Süddeutschland und dem Adriatischen Meer? 28) Welche Politik verfolgt Preußen gegenüber den Südstaaten? 29) Hat es auf die Einigung Deutschlands verzichtet? 30) Warum sucht Österreich seinen alten Einfluß im Süden Deutschlands nicht wiederzuerlösen? 31) Welches ist die jetzige Politik der württembergischen Regierung? Ihre Haltung den verschiedenen Parteien gegenüber? Österreich gegenüber? Österreich gegenüber? 32) Bedauert sie das mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Freibündnis? 33) Würde sie im Kriegsfall mit Preußen gehen? 34) Im Falle eines Kriegs mit Preußen, welche Frankreichs Bundesgenossen im Süden sind? 35) Wie ist der Stand der württembergischen Arme?

- 36) Warum sucht die württembergische Regierung ihre Arme immer mehr zu verpreuen? (prussianisieren!) 37) Will die Regierung den Eintritt in den Nordbund? 38) Welches sind die politischen Ansichten und die Tendenzen der hauptsächlichsten Mitglieder des Cabinets? 39) Welchen Einfluß hat die Königin Olga auf die Politik? 40) Unterstützt Rückland Württemberg? 41) Kann die gegenwärtige Lage von Dauer sein und welche Vermuthungen kann man für die Zukunft anstellen?

Die National-Zeitung bemerkt dazu:

Es ist wohl eine sehr nahe liegende Vermuthung, daß die französischen Gesandtschaften in München, Karlsruhe und Darmstadt sich mit ganz ähnlichen Fragebogen zu beschäftigen gehabt haben.

Nachträgliches zur Candidatur Hohenzollern.

Obgleich die Candidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern nicht mehr besteht, so haben doch zwei darauf bezügliche spanische Atenstücke, auf die wir schon gestern kurz verwiesen, noch immer insofern Bedeutung, als sie über die Entstehung dieser Candidatur Aufschluß geben und dadurch gewisse darüber verbreitete falsche Gerüchte entkräften. Da ist zuerst die gestern erwähnte Schrift von Salazar, „El Candidato Oficial“

betitelt. Dieser entnehmen wir folgende ebenso interessante als instructive Stellen. Salazar erzählt zuerst:

Im Herbst 1869, als die Mehrheit der Cortes eine monarchische Lösung angenommen hatte, veröffentlichte ich ungestüm eine Flugschrift, die ich heute zum großen Theile nochmals herausgabe, weil die Zeitenstände dies rechtfertigen. Den Schrift, der Candidatur des Prinzen Leopold gütig, schloß sich folgerichtig einer andern an, welche im Anfang des Jahres 1869 ans Licht trat und wonach ich an erster Stelle die Candidatur Dom Fernando's von Portugal bestimmt. Sein Schwiegersohn ist heute der amliche Kandidat, und der Anteil, den ich an den zu diesem Zwecke gesührten Unterhandlungen gehabt, beweigt mich, diese Seiten zu schreiben, welche als Einleitung zu der erwähnten Flugschrift dienen sollen.

Es wird nun zuerst der Einwurf widerlegt, welcher gegen diese Candidatur deshalb erhoben worden, weil der Prinz ein Enkel Murat's sei. Diese Partie hat jetzt kein actuelles Interesse mehr. Dann heißt es weiter:

Jemand war verborgen, daß Prinz Leopold bis zu einem gewissen Grade der französischen Regierung wenig genehm sein würde. Und so hielt ich es, als der General Prim die Ölie hatte, mich mit der zarten Aufgabe zu beauftragen, die ich ausgerichtet habe, für meine erste Pflicht, ihn auf jenen Umlauf außerland zu machen, worauf jener mir eine hochpatriotische und stolz spanischstämmige Antwort gab: „Haben wir uns zuerst an einen preußischen Prinzen gewandt, um die Krone anzubieten? Was hat nicht die ganze französische Presse gesagt, weil Spanien in Lisabon, in Lissabon, in Florenz und in Havanna Verhandlungen erfaßt hatte? Wenn wir nun in jenen Versuchen kein Glück gehabt haben und es bekannt ist, daß auf dem Herzog von Montpensier und der Republik ebenfalls das Bots Napoleon's ruht: soll deshalb die Septemberrevolution zu einer steten Unserigkeit verurtheilt sein? Was kann Frankreich von einem preußischen Prinzen fürchten, der auf dem Throne Spaniens sitzt? Erstens gehabt Don Leopold dem katholischen Zweige Preußens an, der schon seit Jahrhunderten von dem evangelischen, welcher jetzt in Berlin herrscht, weit getrennt ist, und es verdient hier Erwähnung, daß der amische Kandidat Spaniens heute der Erbe der Krone Preußens wäre, wenn seine Altväter, welche das Erbgeburtrecht besaßen, die katholische Regierung für die protestantische abgeschworen hätten. Zweitens, kann denn ein parlamentarischer König sein Land in einem auswärtigen Krieg verwirren? Hängt von Portugal Brasiliens ob, weil auf den beiden Thronen Mitglieder derselben Familie sitzen? Was hat im Jahre 1866 dem entthronten König von Hannover seine Verwandtschaft mit der Königin Victoria genutzt? Drittens zeigt sich Philipp V. nicht sonderlich dankbar gegen Frankreich, welches sich so sehr angestrengt hatte, um ihm die Krone Karl's II. aufs Haupt zu setzen; und es ist überflüssig, an Bernadotte, den Nachfolger von Schweden, oder an den schon erwähnten Murat zu erinnern, die im Jahre 1814 gegen ihren alten Herrn und Geschäftler Napoleon I. kämpften. Von der andern Seite betrachtet, was würde denn der Prinz Leopold Preußen zu verbannt haben? Nichts, gar nichts; alles hätte er dem Willen der spanischen Cortes zu verbannt. Die preußische Regierung hat sich in diese Unterhandlung nicht eingemischt (!!), und der König von Preußen war überzeugt, als ihm der Prinz, welcher volljährig ist, nach Ems seinen volljährigen Entschluß mittheilte als eine Sache der Höflichkeit. (!!) Daß uns eine kurze Weile Thatkraft beweisen, und die Vernunft wird uns dazu helfen, daß bald alle Gefahren entzweien.“

So viel über das erste Schriftstück, soweit es hierher gehört. Das zweite ist der nun vorliegende Wortlaut der Depesche, welche der Minister des Auswärtigen, Sagasta, an die Vertreter Spaniens im Auslande gerichtet hat, um ihnen die Gründen auseinanderzusetzen, aus denen Marshall Prim dem Prinzen von Hohenzollern die Krone angeboten. Auch daraus heben wir vorzugsweise die auf Preußens Verhältniß zur hohenzollerischen Candidatur bezüglichen Stellen hervor. Zunächst spricht die Depesche die Hoffnung aus:

Die ganz glänzenden Umstände, in welchen sich der Prinz befindet, und die gute Ausnahme, welche seine Amtseinführung in der öffentlichen Meinung des Landes gefunden hat, geben der Regierung die angenehme Hoffnung, daß ihr Kandidat demnächst von den Cortes mit einer großen Mehrheit zum König ernannt werden, und daß damit die ruhmvolle correlative Periode, die im September 1868 begann, ihren Abschluß finden werde.

Sodann wird die Dringlichkeit der getroffenen Wahl ange deutet:

Im Inlande herrscht die eifige Schnauze, das Werk der Revolution zu tönen; im Auslande haben die bestreiteten Regierungen öfters, wie Ew. Exz. gewiß Gelegenheit gehabt zu erfahren, den Wunsch ausgedrückt, in unserm Lande eine endgültige Lage geschaffen zu sehen, die alle Furcht vor zukünftigen Wirren entfernen würde. Das ist der glückliche Erfolg, den die spanische Regierung heute die Ehre hat zur Kenntnis der * Regierung durch Vermittelung Ew. Exz. zu bringen, und ich zweife nicht, daß er von diesem Hause mit der lebhaftesten Verfeierigung wird aufgenommen werden. Wenn Prinz Leopold dazu gelangt, den spanischen Thron zu besteigen nach dem Votum der souveränen Cortes, so wird er constitutioneller König sein mit einer Verfassung, welche die demokratische ist von allen, die in den mit liberalen Staatsinstitutioen verfeierten Ländern bestehen. Seine Regierung wird mithin nicht entzweien können, wie jetzt so auch in der Folge der Eingebungen des öffentlichen Geistes zu gehorchen, der sich nicht ändert wird, weil ein Fremder die erste Beamtenstelle der Nation einnimmt. Von dem Augenblicke, wo er den Thron San Fernando's bestiegt, wird er Spanier sein und in dieser Eigenschaft das Werk der Septemberrevolution in ausschließlich spanischem Geschäftspunkte fortforschen und befestigen. Hauptlich mit der politischen innern Wiedergeburt der Nation beschäftigt, wird er die strenge Neutralität nach außen beobachten, was ihm gestatten wird, alle seine Kräfte der Entwicklung der städtischen und materiellen Interessen des Landes zuwidmen, und nichts wird die Wahn ändern können, welche die spanische Nation sich vorgeschrieben hat.